

Mitschnitt der Podiumsdiskussion zum Thema
„Nach der Föderalismusreform ist vor der Föderalismusreform“
am 06.02.2007 durch den Saarländischen Rundfunk

Dr. Pernice

Meine Damen und Herren,

ich möchte Sie sehr herzlich im Namen des WissenschaftsForums-Saar begrüßen. Das heutige Thema ist schon einmal vor 2 ½ Jahren behandelt worden. Dass die Föderalismusreform inzwischen stattgefunden hat, entnehmen Sie daraus, dass die Kritik, die damals an den Überlegungen auch in unserem Gremium und unserer Podiumsdiskussion artikuliert worden ist, offensichtlich nicht fruchtbringend war. Jetzt stehen wir nach der Föderalismusreform 1. Stufe und wollen uns überlegen, wohin die Reise geht und wie insbesondere die Länder ihre neuen und ausgeweiteten Zuständigkeiten nutzen wollen. Ich will in die Problematik kurz einführen bevor wir dann im Podium darüber diskutieren. Die Fußballweltmeisterschaft im Sommer 2006 war ein großartiges Ereignis. Man spürte in ganz Deutschland eine große Begeisterung und Aufbruchstimmung. Diese Begeisterung ging allerdings keineswegs von der größten Verfassungsreform aller Zeiten, wie damals Politik und Medien jubelten, aus. Inzwischen zeigt sich aufgrund von Auswertungen der Bundestagsverwaltung, dass die Entflechtung der Aufgaben zwischen Bund und Ländern, d.h. das Ziel größerer Transparenz, klarerer Zurechenbarkeit, klarerer Zurechenbarkeit von Verantwortung und Verantwortungstrennung zwischen Bund und Ländern nicht erreicht wurde. Denn der Umfang der Mitentscheidung des Bundesrates an der Bundesgesetzgebung hat sich praktisch nicht verändert. Verändert hat sich aber nachhaltig die Mitverantwortung des Bundes in Bildung und Wissenschaft. Erinnern wir uns: Die Verfassungsreform 1969 schaffte aus gutem Grund die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern. Sie zwang zu einer Abstimmung und Zusammenarbeit und zum Aufbau eines leistungsfähigen Hochschul- und Forschungssystems und damit zu einem Minimum an Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen in ganz Deutschland, und damit auch zur Entfesselung von Qualifikationspotentialen. Besonders Bayern und Baden-Württemberg, aber auch Hamburg und Hessen haben davon überproportional profitiert, so dass Bayern beispielsweise 1986 auf die Länderfinanzhilfen verzichten konnte und in den Kreis der Geberländer aufrückte.

Durch die Föderalismusreform 2006 wurden nun die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, die Kompetenz für das Hochschulrahmenrecht, die Beteiligung des Bundes an der Bildungsplanung und Innovationsförderung im Bildungswesen abgeschafft. Geblieben ist im Wesentlichen die Kompetenz des Bundes in der Forschung; ferner hat er grundsätzlich die Zuständigkeit für die Regelung der Hochschulzulassung und Hochschulabschlüsse. Auch darf sich der Bund an Bund-Länder-Vereinbarungen über die Förderung von Vorhaben von Wissenschaft und Forschung an den Hochschulen beteiligen. Ferner darf er aufgrund von Vereinbarungen an der Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich und bei diesbezüglichen Berichten und Empfehlungen mit den Ländern zusammenwirken. Durch all diese Regelungen soll nun die Verantwortung der Länder und ihre Handlungsfähigkeit gestärkt werden.

Wo hat der Bund die gemeinsame Verantwortung von Ländern und Bund für den Hochschulbau, für die Mitverantwortung für Bildungsplanung und Forschungsförderung, die Länder je in ihrer Dynamik behindert? Der Beweis steht aus. Im Gegenteil, ca. 60 Hochschulen wurden nach 1969 neu geschaffen, unzählige Forschungsinstitute.

Das deutsche Forschungs- und Hochschulsystem, die Qualifizierung von hochkompetenten jungen Menschen in Wissenschaft und beruflicher Bildung ist die Grundlage internationaler Wettbewerbsfähigkeit.

Wir haben aber heute nicht eingeladen, um Vergangenes zu bejammern. Alte Erfahrungen können auch nützlich sein und Ansporn. Aber die Länder sind jetzt gefordert nachzuweisen, dass sie mit dem Mehr an hochschul- und bildungspolitischer Verantwortung bessere Ergebnisse erzielen als bisher. Im Hinblick auf den absehbaren neuen Ansturm von Studierwilligen auf die Hochschulen geht es um die Schaffung von 90.000 zusätzlichen Studienplätzen. Bund und Länder suchen nach Lösungen, offensichtlich geht es doch nicht ohne den Bund. Die bewährten Handlungsinstrumente sind aber zerschlagen. Neue Erfindungen, wie der Hochschulpakt, haben keine klaren Konturen, keine ausreichende finanzielle Basis. Ist dieser Weg zukunftstauglich? Kann es denn nur um das Geld gehen? Geht es nicht auch Hochschulqualitätsentwicklung, um Innovationsstrategien, die Zukunftsfähigkeit der Hochschulen? War dies nicht der Kern der Mitverantwortung des Bundes und die Rolle

von Wissenschaft und Bund-Länder-Kommission in den letzten 40 Jahren. War die größte Verfassungsreform etwa eine Große Koalition gegen die Hochschulen?

Wer traut sich eine ehrliche Antwort auf die Frage zu geben, ob die von der Föderalismusreform geschaffene Situation nun zu einem Mehr an Handlungsfähigkeit führt, oder ob alles noch komplizierter und langwieriger wird?

Dies alles sind Fragen, mit denen wir uns jetzt in der Diskussion auseinandersetzen wollen; insbesondere die Frage diskutieren, welche Perspektiven wird das Land seinen Hochschulen, international anerkannten Wissenschaftlern und hoch qualifiziertem Nachwuchs anbieten und eröffnen können. Wie wird es seine gewonnene Alleinverantwortung nutzen.

Ich hoffe, dass wir eine lebhafte Diskussion zu diesen Fragen haben.

Herr Dr. Pernice zu Frau Dr. Christiane Gaehtgens:

Frau Prof. Wintermantel ist leider kurzfristig verhindert. Ich danke Ihnen, dass Sie hierher gekommen sind um sie zu vertreten und aber auch Ihre Position darzustellen.

Wenn Sie die bisherigen Ergebnisse der gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern und das neue Instrumentarium bewerten, was erwarten die deutschen Hochschulen jetzt von den Ländern?

Frau Dr. Christiane Gaehtgens:

Was wir erwarten ist Engagement. Und es zeigt sich, dass ein weitaus größeres Maß an Engagement notwendig sein wird als vielleicht bisher wahrgenommen und eingestanden wurde.

Das Zweite, was wir erwarten, ist eine Rückgewinnung von Vertrauen. Zu beidem will ich vielleicht nur zwei Worte sagen, denn ich will das natürlich auch nicht überstrapazieren.

Die Notwendigkeit zu Engagement zeigt sich am deutlichsten an dem, was wir bisher als Hochschulpakt diskutiert haben. Wir sehen, das wissen Sie alle, einem großen Anwachsen der Studierendenzahlen entgegen. Das ist eine große Chance für Deutschland. Wir haben immer darüber gesprochen, dass wir mit Blick auf unsere gesellschaftliche Entwicklung, unseren Arbeitsmarkt, unsere Position in Europa, eine Qualifizierungsoffensive bräuchten, und dass wir die Akademisierungsquote anheben

müssen. Diese Notwendigkeit wird uns noch erleichtert dadurch, dass immer mehr junge Menschen in die akademische Ausbildung drängen. Aber wir müssen sie auch entsprechend studieren lassen können. Das können wir nur, wenn wir in hohem Umfang neue Studienplätze schaffen. Hierzu hat die HRK vor 1 ½ Jahren einen Hochschulpakt zwischen Hochschulen und dem Staat vorgeschlagen, in dem wir gesagt haben, wir können nur dann die Ausbildung der jungen Menschen sicher stellen, gerade auch in den Rahmenbedingungen der Studienreform, wenn wir auch eine hinreichende finanzielle Ausstattung kriegen. Dieser Pakt ist nun geschlossen worden als ein Pakt zwischen Bund und Ländern mit zusätzlichen Mitteln, Sie haben darüber in der Zeitung gelesen, die aber nur einen Bruchteil der tatsächlich notwendigen Studienplätze ausfinanzieren. Und die Berechnungsgrundlage ist so gelegt, dass nur Studienplätze in den Bereichen, in denen wir nicht die größten Desiderate sehen, nicht in den Technik- und Lebenswissenschaften etwa, finanziert werden können. Der Pakt finanziert das nicht aus. Die Länder werden in der Pflicht sein, denn sie haben die Verantwortung für die Hochschulen. Hier glaubwürdige Konzepte auf den Tisch zu legen, steht noch aus. Wir haben im Gegenteil Hinweise darauf, dass eher umfinanziert und durch die Hintertür wieder gespart wird. Das macht uns besorgt. Das ist auch schon der erste Teil der Vertrauenskrise, von der wir immer wieder sprechen. Hochschulreform ist immer wieder behindert worden durch die Wahrnehmung, dass wenn wir Effizienzsteigerungen erzielen, wenn wir Potential schaffen zu den Schwerpunktverschiebungen in den Hochschulen, Stärken und Schwächen tatsächlich auch einmal kritisch beleuchten wollen, dass die Spielräume uns im Rahmen der engen Länderhaushalte sofort wieder genommen werden und dass Reform eigentlich immer Einsparung bedeutet.

Noch nachdenklicher, und das soll dann hier auch der letzte Satz sein, macht mich aber, dass ich zunehmend wahrnehme, dass es eine Vertrauenskrise zwischen Bund und Ländern gibt, jedenfalls im Bereich der Hochschulpolitik. Und da wir als Hochschulen abhängig sind von einer konsistenten und auf Inhalte und sachliche Ziele gerichteten Politik beider Geldgeber, beider Verantwortungsträger, muss es uns natürlich außerordentlich beunruhigen, wenn wir den Eindruck haben, dass Bund und Länder aufeinander zeigen und sagen „Da habt Ihr eure Reform, nun mach Du doch“ und die anderen sagen „Ist ja schön, wenn ihr macht, aber eigentlich solltet ihr gar nicht“. Sie kennen zum großen Teil auch diese Diskussion. Wir haben das erlebt in der Hochschulrektorenkonferenz, als wir uns engagiert haben, für ein Programm, mit

dem wir Personal in die Hochschulen schicken können. Experten, die den Hochschulen helfen, den Bolognaprozess, die Realisierung von Bachelor- und Master-Abschlüssen, Wirklichkeit werden zu lassen. In keinem Bundesland haben die Länder den Hochschulen dafür substantiell Mittel zur Verfügung gestellt. Wir haben dafür Geld vom Bund eingeworben. Die Quittung war eine Verfassungsklage zweier Länder, eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht mit der Ansage, das sei ein sehr sinnvolles Programm, aber unter ordnungspolitischen oder machtpolitischen Gesichtspunkten dürft ihr das nicht. Wir erleben es gerade wieder, wenn wir darüber sprechen, wieweit sich der Bund weiter für Qualitätssicherung oder für den Bolognaprozess engagieren kann Und der Bund hat natürlich recht, wenn er sagt, dass wird er nur tun, wenn er tatsächlich die Zustimmung der Länder hat. Wir dürfen nicht in den Hochschulen Opfer werden einer solchen Auseinandersetzung, die andere Hintergründe hat; gerade nicht angesichts der Notwendigkeit, so vielen jungen Menschen eine Chance zu geben.

Dr. Pernice:

Vielen Dank Frau Gaetgens. 1969 hatten wir genau diese Situation, dass Bund und Länder häufig gegeneinander argumentierten, aber sie fanden sich eben in den Gemeinschaftsaufgaben zusammen und, wie Sie eben sagten, sie appellieren, dass Bund und Länder sich wieder verständigen auf eine gemeinsame Plattform, auf ein gemeinsames Vorgehen; aber die Juristen würden sagen, gerade das war ja nicht gewollt, deswegen wurden die Gemeinschaftsaufgaben abgeschafft.

Herr Linneweber, was bedeutet das jetzt für Sie? Mehr Vertrauen, mehr Engagement von Seiten des Landes für die Hochschulen? Die Universität hat in den vergangenen Jahren ja vielfältige Reformvorschläge, auch von externen Kommissionen erhalten, letztlich verdeckte Sparmaßnahmen. Was erwarten Sie jetzt vom Land?

Herr Prof. Linneweber:

Ja zunächst einmal schätze ich aus Sicht einer mittelgroßen Hochschule in einem kleinen Bundesland das natürlich anders dar, als meinetwegen von einer Hochschule in einem großen Land wie Nordrhein-Westfalen. Das heißt, wir haben eine spezifi-

sche Situation hier im Saarland und ich glaube, die sollte auch im Mittelpunkt dieser Diskussion heute stehen.

Wir haben einen Vorteil und einen Nachteil zugleich. Der Vorteil besteht darin, dass wir nicht im Land mit einer anderen Universität in Konkurrenz treten um die Landesmittel. Das ist zunächst einmal eine Konfliktlinie weniger. Andererseits bedeutet das aber auch einen Nachteil, weil wir natürlich weniger Wettbewerb haben im Land. Der Wettbewerb richtet sich dann halt eher nach außen und wir haben den Nachteil, dass die Landesmittel natürlich begrenzt sind. Wir sehen eine Chance und einen Vorteil für uns darin, dass die Verteilung der Mittel, die früher aus dem HBFG-Programm kamen, jetzt eher kompetitiv passiert. Das heißt: Es gibt Anträge an den Bund im Forschungsbereich und diese werden ebenso wie normale Anträge von Forschungsförderung fachlich begutachtet und wir sind nicht in einem Zusammenhang, der eine A priori-Mittelzuweisung in einem bestimmten Rahmen bedeutet, etwa nach dem so genannten Königsteiner-Schlüssel.

Wir sind also in der Lage, in einen Wettbewerb bei der Beantragung von Mitteln zu treten mit anderen Akteuren, und da kommt es auf Qualität an. Und das ist aus Sicht der Hochschule zunächst mal von Vorteil, weil da sind wir die Herren oder Damen, also die Akteure des Verfahrens, kann man sagen. Wir sind also, fühlen uns eher in der Lage, in diesem Wettbewerb zu bestehen, als wenn es zahlreiche Faktoren gibt, die von außen gesetzt sind und gegen die wir gar nichts unternehmen können, wie in anderen Zusammenhängen eben gegeben. Also in diesem Verfahren sind wir eher davon überzeugt, dass die Qualität, mit der wir in das Rennen gehen um die Beantragung von Mitteln, zählt, und ausschlaggebend ist.

Das ist zweifellos von Vorteil. Andererseits stellt sich aus Sicht der Hochschule das Problem, dass wir befürchten müssen, das hier zu beobachten, was in anderen Zusammenhängen, in denen eine Gegenfinanzierung erforderlich ist, schon passierte, dass nämlich Anträge scheiterten, weil nicht sicher gestellt war, dass die Co-Finanzierung durch den Landeshaushalt möglich war. Also stellen wir uns vor, wir stellen einen hervorragenden Antrag. Dieser Antrag wird auch positiv bewertet, der stellt aber eine derartige Belastung des Landeshaushalts dar, dass das Land uns signalisiert, das ist nur sehr sehr schwer zu schultern.

Wir haben natürlich Einsicht in die finanziellen Nöte des Landes und das stellt in gewisser Weise fast psychologisch einen Hinderungsgrund dar, mit so einem Antrag ins

Rennen zu gehen. Es heißt also, die Übersichtlichkeit, die wir hier haben und schätzen, und die kurzen Wege, die wir auch haben und schätzen, können sich auch durchaus als Bumerang entwickeln, und wir haben Probleme bei der Beantragung von Mitteln, die eigentlich von außen ins Land fließen sollen, egal ob sie nun aus Bonn, Berlin oder Brüssel kommen, wenn wir daran denken, sie müssen ja schließlich auch von unserem Land gegenfinanziert werden.

Dr. Pernice:

Darf ich jetzt Herr Schlegel mal fragen. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung setzt sich zusammen aus den 16 Wissenschaftsministern bzw. Bildungsministern der Länder und 7 Bundesministerien, alles hoch kompetente Persönlichkeiten. Trotzdem beschließen die Regierungschefs, dass gerade diese Einrichtung als überflüssig gestrichen werden soll. Kann man erwarten, dass jetzt die Kultusministerkonferenz, die ja einige Ministerpräsidenten ebenfalls abschaffen wollten, die nationalen strategischen Aufgaben, was Innovationsentwicklung betrifft, was den Ausbau der notwendigen Studienplatzangebote für die wachsende Zahl von Studierwilligen betrifft, erfüllen können.

Herr Schlegel:

Das ist ja fast schon eine Suggestivfrage. Ein bisschen will ich die Fragestellung oder die Unterstellung, die in der Fragstellung drin ist, korrigieren. Die Regierungschefs des Bundes und der Länder haben nicht beschlossen, dass es kein gemeinsames Gremium mehr gibt für die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung. Sie haben auch nicht beschlossen, dass im Bereich der Bildung keine Zusammenarbeit mehr stattfinden soll. In der Bildung gibt es jetzt eine lockere Zusammenarbeit auf den Gebieten der Bildungsberichterstattung, der internationalen Leistungsvergleiche, und man wird sehen, was aus dieser Zusammenarbeit an Positivem oder weniger Positivem sich entwickelt. Was sie leider Gottes total abgeschafft haben, das ist die gemeinsame Innovationsförderung des Bundes und der Länder. Wie mir mal einer der Akteure sagte, im Wesentlichen aus systematischen Gründen, weil das passt nicht unter Berichterstattung und das passt auch nicht unter internationale Leistungsvergleiche und deswegen hat man es gestrichen. Nach den Beratungen, die die Länder untereinander geführt haben, über die Fortsetzung der ja jetzt auslaufenden

Bund-Länder-Innovationsprojekte der Modellversuche, habe ich keine große Hoffnung, dass die Länder gemeinsam in der Gesamtheit im Anschluss an diese auslaufenden Bund-Länder-Modellversuche eigene gemeinsame Länderversuche dauerhaft starten werden. Mit viel Mühe ist es gelungen, einen Modellversuch zur Fort- und Weiterbildung von Mathematiklehrern unter der Federführung von Rheinland-Pfalz auf den Weg zu bringen.

Die Zusammenarbeit im Bereich von Wissenschaft und Forschung hat aus meiner Sicht durch die Verfassungsänderung eine solidere Grundlage gefunden. Nach dem alten 91b konnten Bund und Länder zusammen arbeiten im Bereich der Bildungsplanung und der Forschungsförderung. Forschungsförderung durchaus innerhalb der Hochschulen wie auch außerhalb der Hochschulen. Die Neufassung sagt jetzt, Bund und Länder können im Bereich von Wissenschaft und Forschung zusammen arbeiten und Wissenschaft ist nach einhelliger Meinung in der Rechtslehre und in der Kommentierung und in der Rechtsprechung der Oberbegriff für Forschung und Lehre. Das heißt, der Hochschulpakt, der noch nicht beschlossen ist, aber der in den Grundzügen sozusagen auf den Weg gebracht ist, der sich mit Lehre beschäftigt, ist unzweifelhaft verfassungsrechtlich zulässig, den hätten wir vor dem Sommer unterbringen müssen mit viel Mühen und Not entweder unter Umwegfinanzierung Forschungsförderung oder wir hätten behaupten müssen, das sei Bildungsplanung. Beides relativ schwierig zu handhabende Instrumente. Das ist jetzt eindeutig besser geworden. Die verfassungsrechtliche Grundlage ist da und ich hoffe, dass bei der Fortschreitung der Exzellenz-Initiative, wenn sie denn kommt, der Eiertanz nicht mehr stattfindet, der vor 1 ½ Jahren stattgefunden hat bei der Frage auf der Regierungschef-Ebene, darf denn bei der Exzellenz-Bewertung auch die Lehre eine Rolle spielen, eine relativ absurde Fragestellung. Aber es war damals genau der Punkt. Ich glaube also, dass es weiterhin eine Zusammenarbeit geben wird. Ich glaube weiterhin, dass die Unterschiedlichkeit der Politiken zwischen den Ländern stärker werden wird. Und das nehme ich mal an, ist auch genau das gewesen, was diejenigen, die die Verfassungsreform gewollt haben, also 15 Ministerpräsidenten und noch vielleicht zwei, drei andere Leute in der Republik, das haben sie gewollt, dass es unterschiedlich wird in Deutschland. Und wer glaubt, man kann nach dieser Verfassungsreform über Umwege doch wieder Gleichheit der Lebensverhältnisse als Ziel formulieren, der wird auf Granit beißen, mindestens bei Ländern wie Bayern, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, aber auch noch andere. Vielleicht darf ich mit einem

Zitat, Herr Pernice, enden. Es ist ein Papier, und in dem heißt es, und ich finde, das ist sehr richtig gesagt: Die Kulturausgaben, also die für Schule, Hochschule und Kultur, müssen in der Öffentlichkeit als gleichrangig mit den Verteidigungs- und Soziallasten anerkannt werden. Es ist erforderlich, neue und vertiefte Formen der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu entwickeln. Frage: Wer hat das wohl so beschlossen? Die Kultusministerkonferenz 1964. So haben sich die Zeiten gewandelt und ich frage mich manchmal, wenn man heute sagt, es ist ja doch nicht soviel besser geworden, kann es richtig sein, dass man in die Zeiten zurückfällt, wo man gesagt hat, wir brauchen mehr Zusammenarbeit als weniger? Und da habe ich meine gewissen Zweifel.

Dr. Pernice:

Vielen Dank Herr Schlegel.

Frau Reichrath, wenn Herr Schlegel sagt, mit der Verfassungsreform war jedenfalls von Seiten einiger Länder gewollt, dass die Unterschiede zwischen den Ländern stärker herausgearbeitet werden, der Wettbewerb intensiviert wird, dann klingt das für ein Saarland, das an der Verschuldensgrenze längst angekommen ist, natürlich nicht sonderlich verheißungsvoll. Welche Hoffnung haben Sie, dass die KMK nationale Innovations- und Hochschulstrategien entwickeln kann, dass 16 Ländervertreter in 16 verschiedenen Parlamenten mehr Hochschulmittel einwerben können, als das bisher gemeinsam der Fall war; und was erwarten Sie, was sie den Hochschulen anbieten können, damit sie in der Lage sind, die besten Köpfe bei Berufungsverhandlungen einzuwerben und auch in Exzellenz-Wettbewerben wirklich eine Chance zu haben.

Frau S. Reichrath:

Zunächst habe ich den Eindruck, dass mir heute Abend die Rolle derjenigen zukommt, die mehr oder minder bis auf den Einwurf von Herrn Schlegel, als einzige, die Föderalismusreform doch auch noch mit einer positiven Konnotation versehen kann oder soll, und ich möchte Sie in diesem Punkt auch nicht enttäuschen. Insofern zunächst eine kleine Vorbemerkung, dass in der Tat mit der Föderalismusreform ein Paradigmenwechsel in der Hochschulpolitik einhergegangen ist. Wir haben aller-

dings, Sie hatten es eingangs betont und das ist auch ganz wichtig für unsere Diskussion, wir haben erst den ersten Teil dieser Föderalismusreform hinter uns, der sich mit der Kompetenzverteilung befasst, das heißt mit der Frage, wer ist künftig wie für den Hochschulbau verantwortlich, wer macht künftig wie Bildungsplanung, und wie funktioniert die Forschungsförderung.

Der zweite Teilbereich, wo es um eine Neuordnung der Finanzströme zwischen den Ländern untereinander und auch der Länder mit dem Bund geht, der steht noch aus, der ist jetzt in der Diskussion, ist aber wesentliches Merkmal auch für die Umsetzung des ersten Teiles.

Zu dem ersten Teil aber noch etwas, dass die klare Kompetenzzuordnung, die jetzt Bund und Länder haben, sowohl eine höhere Rechtssicherheit bringt, das heißt, dieses Hick-Hack, was wir noch vor Jahren hatten, dass Länder sich mit dem Bund auch mehrfach vor dem Verfassungsgericht trafen, und entsprechend entschieden wurde, das ist viel deutlicher geregelt.

Seither, muss ich sagen, ist auch das Verhältnis zwischen Ländern und Bund deutlich entspannt, deutlich vertrauensvoller. Insofern kann ich hier die Einschätzung von Frau Gaehtgens nicht ganz teilen. Sicher wird es dazu kommen, dass es künftig durch diese Reform stärkere Leistungsunterschiede zwischen den Bundesländern, aber nicht nur zwischen den Bundesländern, sondern auch zwischen den Hochschulen geben wird. Das hat Vorteile auch für die Studierenden, wenn sie, mittelfristig wird sich das erst auswirken, in den unterschiedlichen Ländern, unterschiedliche Angebote finden, die ihnen besser zusagen, wenn sie sich dort auch entsprechend informieren. Ich glaube, dass es eine Mär ist, dass noch im letzten Jahr alle bundesdeutschen Hochschulen die gleiche Qualität angeboten haben. Das Prinzip der Gleichheit ist zwar immer bemüht worden, aber im Prinzip sind die Hochschulen schon in den letzten Jahren in ihrem Angebot deutlich auseinander gelaufen, nicht zuletzt auch durch eine Profilbildung. Wir haben also einen Wettbewerbsföderalismus und bei diesem Wettbewerbsföderalismus, wie wir jetzt sehen, einen stärkeren Wettbewerb; das heißt ja nicht, dass immer der letzte im Glied entscheidend ist. Das heißt, wir können jetzt wirklich positive Dinge auch aus anderen Ländern übernehmen. Die Konkurrenz wird stärker, insofern stimme ich Ihnen zu, der Wettbewerb wird zunehmen, der Wettbewerb wird auch zunehmen in der Forschung, aber auch

das hat sich schon gezeigt in dem Übergangszeitraum, Herr Schlegel hat die Exzellenz-Initiative angesprochen, die ja ein ganz deutliches Zeichen dafür ist.

Insofern geht es künftig nicht nur um eine Konkurrenz um Geld, sondern es geht auch um eine Konkurrenz um Ideen, eine Konkurrenz auch um die Schnelligkeit in der Umsetzung. Und da komme ich dann auf das Saarland zu sprechen oder, vielleicht noch ganz kurz, bei den Mitteln. Herr Pernice, sie sagten vorhin, wie können die 16 Länder gemeinsam mehr Geld bei den Finanzministern erhalten, als einzeln. Zunächst einmal ist nach wie vor jedes Land in seiner Finanzautonomie. Ich glaube aber sehr wohl, dass mit Hinweis auf erfolgreiche Modelle in anderen Ländern, auch hier eine leichtere Überzeugung gelingt. Hinsichtlich der Finanzen hier im Lande wurde es jetzt an mehreren Punkten angesprochen, dass dieses Land nicht eine so starke Steuerkraft hat, wie einige andere Länder. Es ist auch ein Nehmerland im Finanzausgleich, dennoch hat die Landesregierung, was die Hochschulen anbelangt, einen ganz besonderen Schwerpunkt gesetzt und finanziert diese Hochschulen auch seit Jahren. Es gab übrigens nie in diesem Land eine Sparrunde für die Hochschulen; die Landesregierung finanziert die Hochschulen sehr gut. Ich habe mal mitgebracht eine Veröffentlichung des statistischen Bundesamtes von der Mitte letzten Jahres, und da möchte ich nur zwei Zahlen anbringen, nämlich die laufende Finanzausstattung je Studierender an den Universitäten; die einzelnen Bundesländer im Vergleich. Das Saarland ist dort aufgeführt mit 10.730 € und liegt an dritter Stelle im Bundesvergleich, also nicht an drittletzter, sondern an drittester Stelle.

Einen zweiten Punkt: Die laufende Finanzausstattung je Professor an den Universitäten. Auch dort die einzelnen Bundesländer verglichen, das Saarland liegt bei 637.080 € und damit an vierter. Stelle, nicht an viertletzter, von allen Bundesländern.

Auch zu dem Punkt Hochschulpakt und wie wird sich das Land diesbezüglich, ich kann da nicht für alle Bundesländer sprechen, aber halt für das Saarland, wie wird sich das Land verhalten? Einen deutlichen Akzent haben wir dahin gesetzt: Der Hochschulpakt wurde verabschiedet im Spätherbst, wir waren mit den Haushaltsverhandlungen auch bereits im Parlament sehr weit fortgeschritten, trotzdem ist es noch gelungen, in einer letzten Parlamentsberatung der Landesregierung hier, die Gelder, die potentiell durch den Bund kommen, noch einmal zu doppeln. Das heißt, im nächsten Jahr stehen, ich glaube, bundesseitig für uns 420.000 € zur Verfügung. Wir haben einen Ansatz landesseitig von 450.000 € dem gegenüber gestellt und wir be-

absichtigen auch, die zunehmende Zahl der Studienanfänger wirklich als Chance zu begreifen und ihnen eine Studienmöglichkeit hier im Lande zu geben.

Aber nicht nur den Studierenden hoffen wir gute Rahmenbedingungen zu bieten, sondern, Sie sprachen mich auch an um den Wettbewerb um die besten Köpfe. Auch da kann ich ein ganz aktuelles Beispiel ansprechen. Es ist noch keine Woche her, dass auch durch die Medien ging, dass es uns gelungen ist, Herrn Professor Wahlster, obwohl er ein hervorragendes Angebot hatte, Chef der Forschungsabteilung der Telekom zu werden, hier im Lande zu halten.

Wir verstehen es also sehr gut, Rahmenbedingen zu schaffen, die in einem Wettbewerb auch diese Hochschulen sehr gut platzieren. Im Gegenzug dazu erwarten wir natürlich auch von den Hochschulen, dass sie das ihre tun in diesem Wettbewerb zu bestehen und ich bin da aber auch ganz sicher, dass sie das tun werden. Es gibt schon eine Reihe von Ansätzen, die werden wir sicherlich auch in der weiteren Diskussion noch hören.

Dr. Pernice:

Vielen Dank Frau Reichrath für Ihr Statement und die Präzisierungen, die Herrn Linneweber zumindest partiell neues Vertrauen einflößen werden, denke ich. Aber Herr Linneweber: Lassen Sie uns doch mal konkret noch mal die Frage stellen, da es ein Hochschulrahmenrecht nicht mehr gibt, was erwarten Sie im Hochschulrecht an konkreten Freiräumen oder Hilfestellungen, es ist ja beides möglich. Was erwarten Sie als eine Universität, die bundesweit, glaube ich, als einzige das Privileg hat, eine eigene Regierung zu haben. Die bildet ja weitgehend die Regierungsmitglieder selber aus, an Rückfluss, an Goodwill und an Finanzen.

Prof. Linneweber:

Ja, wir bilden ja auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Saarländischen Rundfunks aus zum großen Teil, das nur nebenbei bemerkt.

Nein, ich habe eine Anmerkung zunächst mal zu machen bevor ich auf Ihre Bemerkung eingehe, Herr Pernice, zu dem, was Frau Reichrath sagte. Es ist richtig: Es klagt hier niemand über eine Ausstattung, die am unteren Ende irgendwo läge. Aber ich nehme dann mal das Beispiel: Wenn wir aufwendige Bleibeverhandlungen füh-

ren, und wir müssen das tun weil wir im Rahmen des zunehmenden Wettbewerbs zwischen den Hochschulen tatsächlich auch teilweise recht tief in die Tasche greifen müssen, das macht jetzt nicht die persönlichen Bezüge sondern die Ausstattung von einem Lehrstuhl mit Mitarbeitern, mit laufenden Mitteln etc. Wenn wir das also tun müssen und auch gute Gründe haben, das zu tun, um Personen, Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu halten oder ins Land zu holen, dann darf man das nicht isoliert betrachten und sagen, nachdem das gelungen ist, prima, das haben wir jetzt gemacht, jetzt gehen wir zur Tagesordnung über. Das hat natürlich unseren Haushalt dann enorm strapaziert, und wir sind in anderen Zusammenhängen dann weniger flexibel. Wir müssen in anderen Zusammenhängen dann sagen, also da können wir uns so einen Griff in die Tasche nicht leisten. Das heißt also, die Autonomie der Hochschulen ist zwar in gewissem Umfange da, wir haben aber einen Vergaberahmen, an dem wir uns orientieren müssen und wir können in bestimmten Bereichen nur mit einem definierten Anteil von Investitionen in eine Professur oder in einem Fachbereich über das Ziel hinaus schießen. Wir müssen das an anderer Stelle kompensieren und das fällt uns dann regelmäßig schwer. Wir können dann zum Beispiel auch nicht ohne weiteres sagen, weil wir gebunden sind durch Verträge, durch Studiengänge, wir können nicht ohne weiteres sagen, lieber zwei hervorragende als drei oder vier gute, recht gute bis hin sogar zu sehr guter, also Exzellenz an jeder Stelle. Dazu sind wir nicht in der Lage, dazu ist natürlich keiner in der Lage, das muss man andererseits auch so sagen. Aber, ich wollte damit nur signalisieren, dass so ein Kraftakt auch Muskelkater bewirkt, wie wir in der letzten Woche dann haben vollziehen müssen, und einige andere stehen uns noch bevor, die ebenso problematisch sind, teilweise auch Hypotheken in die Zukunft bedeuten.

Ich möchte jetzt auf das eingehen, Herr Pernice, was Sie gefragt haben. Die Entwicklung, die wir sehen, ist in der Tat für uns, das hatte ich eingangs auch gesagt, ist in der Tat durchaus positiv, weil wir eben hier unsere Regierung selbst ausbilden, wie Sie sagen, nein, weil wir wirklich kurze Wege haben, weil wir, wie der Herr Minister sagt, eher telefonieren, bevor wir schreiben. Das heißt also, wir können gut miteinander kommunizieren und man kann sich wirklich nicht beklagen über die Beziehungen zwischen den Akteuren.

Aber: Es gibt eine grundsätzliche Gefahr, die ich sehe, im Rahmen der zunehmenden Verschärfung des Wettbewerbs, aber auch eigentlich im Rahmen der Autono-

mie. Ich komme aus einem anderen Bundesland, in dem es nicht nur eine Hochschule gab, sondern mehrere, und in diesem Land habe ich nicht selten die Orientierung gehört „Doppelung vermeiden“, und die Frage ist natürlich, wenn man über das Land hinausguckt und weiß, wie geografisch nahe Trier und Kaiserslautern liegen, weiß man nicht, was uns da noch bevorsteht. Und das andere Argument, was man nicht selten hört, man sollte sich nur orientieren am Landesbedarf im Zusammenhang mit Studiengängen. Ich habe das nicht selten vernommen im Zusammenhang mit der Frage, wie viele Lehrerinnen und Lehrer sollen ausgebildet werden.

Wenn das Land also jetzt die Orientierung entwickelt, ich engagiere mich hier und investiere in Studierende, das ist ja die klassische Orientierung. Es gibt auch eine andere, darauf komme ich gleich. Aber die Orientierung heißt, ich investiere in Studierende und weiß ganz genau, wie viel ein Studium kostet. Dann stellt sich natürlich logischerweise irgendwann die Frage: Moment mal, wenn die nach dem Studium abwandern, dann habe ich eine Fehlinvestition getätigt. Diese Interpretationsfalle ist einfach da und die wird von sich mit Sicherheit auch irgendwann mal als größere Gefahr, als sie im Moment noch in Erscheinung tritt, darstellen.

Wenn diese Orientierung bleibt, hieße das beispielsweise, die Uni des Saarlandes sollte nur so viele Lehrerinnen und Lehrer ausbilden, wie im Saarland auch eingestellt werden. Ich bin glücklich, dass ich diese Argumentation von unserem Kultusministerium nie gehört habe, und es gibt eine Initiative zur Erhöhung der Zahl der hier auszubildenden Lehrerinnen und Lehrer. Von daher haben wir vielleicht hier eine Besonderheit. Aber, bundesweit betrachtet könnte es in der Tat so laufen, dass irgendwann die Länder die Autonomie soweit strapazieren, dass sie sagen, wir orientieren unseren, entschuldigen Sie bitte den Ausdruck, Output an dem Landesbedarf. Und das würde ich für fatal halten.

Und damit komme ich zum nächsten Punkt: Wenn wir hier Studierende ausbilden, wenn wir sie zum Examen führen, dann ist das eine Wertschöpfung. Und so müssen wir das verstehen, sodass wir also mit gutem Grund auch sagen, wir bilden für den „Export“ aus und das rechnet sich sogar ökonomisch. Ich kenne Analysen, die belegen, dass ein Studierender aus einem anderen Bundesland, in dem Land, in dem er ausgebildet wird, dass er mehr Mittel in das Land lockt, als er im Rahmen seiner Ausbildung kostet. Weil, der muss hier wohnen, der muss hier essen und trinken, der benutzt die Verkehrsmittel, der feiert hier seine Feste usw., und er bringt also Kapital

in das Land. Ganz abgesehen davon, dass die Hochschulen allein dadurch Kapital ins Land ziehen, dass sie Drittmittel einwerben. Um diese Dimension Ihnen klar zu machen: Die Universität des Saarlandes hat einen Haushalt von ca. 140 Millionen, aber dem gegenüber steht ein wachsender Teil von im Moment über 40 Millionen Drittmittel, die aus entweder Brüssel oder Bonn bzw. Berlin in das Land geholt werden. Das heißt, die Universität ist ein Faktor, der Mittel in das Land zieht, und das darf man nie vergessen. Wir sind immer so leicht geneigt, die Universität nur aus der Ausgabenseite zu sehen. Es gibt sogar Vorschläge, das als Investitionen zu betrachten, was an den Universitäten ausgegeben wird, und nicht als Ausgaben, was für die Haushaltsführung etwas anderes wäre, allerdings unterm Strich natürlich das Gleiche, denn das Geld muss da investiert werden. Aber es ist eine Frage der Darstellung und aber auch 'ne Frage eigentlich des Verständnisses und der Psychologie, die mit diesem Fakt verbunden ist. Wenn ich sage, ich investiere in die Hochschulen so und so viel, ist das etwas anderes, als wenn ich sage, ich habe so und so hohe Ausgaben. Und das soll man nicht vernachlässigen.

Dr. Pernice:

Frau Gaehtgens, Herr Linneweber hat deutlich gemacht, es wurde auch aus dem Beitrag von Frau Reichrath erkennbar, die Universität im Saarland hat eine ganz besondere Rolle als Innovationsmotor für diese strukturschwache Region und ist auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Trotzdem werden im Saarland nur etwa 1 % Anteil am Bruttoinlandsprodukt für Forschung und Entwicklung ausgegeben, bundesweit 2,5 %, europaweit wird gefordert, bis zum Jahr 2010 mindestens 3 % auszugeben. Was würden Sie vor dem Hintergrund Ihres Überblicks über das deutsche Hochschulwesen der Universität und dem Saarland raten, was hier zu tun ist.

Frau Gaehtgens:

Ja, das klingt immer dann leicht ein bisschen anmaßend.

Wir wissen, dass auch dort, wo 2,5 % oder mehr erreicht werden, wir im Vergleich etwa mit anderen europäischen Ländern wie Großbritannien, in Deutschland trotzdem eine problematische Bilanz haben. Und die wäre dann hier vielleicht noch problematischer. Wir sehen nämlich, dass in Deutschland das Engagement der staatli-

chen Seite für die Forschung relativ groß ist, dass das Engagement der Wirtschaft in der übergreifenden Statistik weit unterproportional ist. Also sie haben in Großbritannien etwa ein umgekehrtes Zahlenverhältnis von 1/3 und 2/3 als in Deutschland und die sind gar nicht so furchtbar viel höher in ihrer Gesamtbilanz.

Ich kenne nun die genauen saarländischen Zahlen hierzu nicht. Aber ganz sicher ist, dass beides zusammengehört. Ich freue mich sehr, wenn ich höre, und ich weiß ja auch, dass da viel dran ist, dass es hier ein deutliches politisches Bekenntnis zu der Universität und auch zu den Hochschulen gibt, und die Bedeutung, die Hochschulen insgesamt für die Strukturentwicklung eines Landes, einer Region, aber auch Deutschlands insgesamt haben, darf man auf keinen Fall unterschätzen. Insofern würde ich einfach gerne nochmals bekräftigen, weil wir es auf europäischer Ebene immer wieder vertreten, der Ansatz als investiver eher als konsumtive Kosten, ist ein außerordentlich richtiger, hilft in der politischen Argumentation, in der haushaltsrechtlichen Verortung unter Umständen, natürlich auch steuerrechtlich, ohne dass ich hier Expertin wäre, aber ich glaube, das wäre ein wichtiges Umdenken auch in der Wertschätzung.

Es gehört zusammen ein deutliches Bekenntnis zur Steigerung der Forschungsinvestitionen mindestens auf die 3 %, und ich finde es außerordentlich besorgniserregend, wenn wir jetzt schon immer mal wieder hören, na da werden wir nicht ganz dran kommen in Europa: es war ja gut, dass wir ja die Zahlen mal genannt haben und irgendwie ist ja eine Dynamik in Gang gekommen. 1 % in einem Bundesland sagt, die Dynamik läuft noch nicht wirklich so. Das ist sehr wenig. Verantwortlich sind beide Seiten, die Wirtschaft, die große und auch die kleine, gerade auch die regionale mittelständische, die für die Hochschulen ein ganz wesentlicher Faktor ist, wie auch die staatliche Seite selbst. Das glaube ich, muss man deutlich sagen, und wenn, dann darf ich nur einen kleinen Schlenker machen, wenn wir jetzt tatsächlich Rechtsklarheit und klare Kompetenzzuordnungen haben, dann sollten wir gerade aber auch beim Hochschulbau versuchen, dieses auch zu erreichen und in die Investitionen in Baumaßnahmen, die für die Schaffung von Forschungspotential so ungeheuer wichtig sind, auch, sagen wir mal, querulantische Diskussionen darüber, ob ein Gebäude nicht auch noch eine Lehrfunktion hat, wenn es eine Forschungsfunktion hat, aus der Welt schaffen, denn solche Investitionen sind natürlich ein wichtiger Teil als Voraussetzung für eine Steigerung der Investitionen in dem Bereich, und Hamptoncourt, Investitionen 10 % des Bruttoinlandsprodukts in die Lehre,

in den Hochschulbereich insgesamt, sprechen wir vielleicht lieber gar nicht an, denn das ist eine magische Zahl, die wir uns alle gerne vorstellen würden. Aber da sehen wir auch, welche gesellschaftlichen Prioritätenverschiebungen wir noch vornehmen müssen.

Dr. Pernice:

Herr Schlegel, die jetzt definierten Aufgaben des Bundes in dem Grundgesetz sind, was jedenfalls den Wissenschafts- und Hochschulbereich betrifft, sie haben Sie ja auch noch mal zitiert, in der Regel gebunden an besondere Vereinbarungen mit den Ländern und sind Vorhaben-bezogen. Das riecht wahrscheinlich aus der Sicht eines Bundesfinanzministers sehr nach Kür. Es ist ja keine Frage, dass eine Pflichtaufgabe des Bundes eine bessere Grundlage wäre, um beim Bund auch Geld einzuwerben. Halten Sie es für vorstellbar, dass denn die Länder den Bund bitten, in einer größeren Zahl von Vorhaben, sagen wir mal im Hochschulpakt II, viele Milliarden zusätzlich zur Verfügung zu stellen, dass der Bund dabei großzügig helfen wird, großzügiger als vielleicht bisher auf der Basis der Hochschul-Sonderprogramme, oder wird er sagen, ihr habt jetzt die Zuständigkeit, seht zu, wie ihr mit eurem Geld klar kommt.

Herr Schlegel:

Niemand kann in die Zukunft sehen, aber wenn ich mir nur mal die Geschichte des Hochschulpaktes, die ja begonnen hat bevor die Verfassungsreform verabschiedet worden ist, und wo man ganz ganz heimlich von Bundesseite aus die Dinge nun mal versucht hat ein bisschen voranzutreiben, dann würde ich sagen, es hat sich gezeigt, dass der Bund nach der Verfassungsreform seinerseits ja die drängende Kraft war, und nicht so sehr die Länder die Drängenden waren. Der Bund ist zu den Ländern gekommen und hat gesagt, ich habe 565 Millionen € für Zwecke der Lehre, die kann ich jetzt schon garantieren, und Frau Schavan war mutig genug eine Gesamtsumme zu nehmen, bei der bis heute immer noch 300 Millionen fehlen gegenüber dem Finanzminister, aber sie hat das eher sozusagen im Kabinett durchgekriegt, als das wahrscheinlich bei einer Mehrzahl der Länder der Fall war. Der Bund sieht im Bereich von Wissenschaft und Forschung, glaube ich, über die Ressorts hinweg, die gesamtstaatliche Verantwortung, und ich denke mir, er wird sie wahrnehmen. Ich habe eher Sorge, dass auf der Ebene der Länderministerpräsidenten da irgendwann

wieder Bremsklötze kommen, oder sogar auf der Ebene der Länderfinanzminister, die natürlich wieder mit dem Argument kommen können, wir sind es langsam leid, dass die Wissenschaftsminister in unseren Ländern bevorzugt werden, weil sie immer sagen können, 'ne Mark, die ich vom Landeshaushalt verlange, wird gedoppelt durch 'ne Mark des Bundes, und deswegen sind sie im Vergleich der Ressorts der Politikbereiche bevorzugt. Das wollten ja lange Zeit die Finanzminister und die Ministerpräsidenten eigentlich nicht haben. Und deswegen ist ja auch der Hochschulbau auf Drängen der Länder abgeschafft worden. Man soll ja nicht Legenden bilden. Es waren die Länder, die zuerst gesagt haben, wir wollen ihn abschaffen, und es waren nicht die Wissenschaftsminister, die es gesagt haben, sondern es waren die Finanzminister und es waren die Regierungschefs.

Also ich glaube nicht, Herr Pernice, dass wir ernsthaft die Sorge haben sollten, dass der Bund, weil es eine Vorhaben-bezogene Förderung ist, sich zurückzieht. Wir haben auch in der Vergangenheit im Bereich der Hochschulförderung außerhalb des Hochschulbereichs nur Vorhaben-bezogene Förderung gehabt. Und wir sollten auch nicht vergessen, dass wir im Bereich der außeruniversitären Forschungen weiterhin institutionelle gemeinsame Förderung von Bund und Ländern haben. Und das summiert sich immerhin auf 4 – 5 Milliarden € pro Jahr, was da ausgegeben wird.

Wenn ich darf, dann würde ich Herrn Linneweber noch mal darauf hinweisen, dass der Hochschulpakt diese Frage der Landeskinder aus Gründen des Landesbedarfs durchaus sieht und auch ernsthaft diskutiert. Er hat die Frage nur in gewisser Weise anders entschieden, als Sie befürchten. Der Hochschulpakt besteht zum einen daraus, dass ein Teil der Länder Geld bekommt für die Einwerbung zusätzlicher Studienanfänger, ein anderer Teil der Länder bekommt Geld dafür, dass es keine Studienplätze abbaut, selbst wenn keine Studienanfänger da sind. Genau aus dem Grund, weil man sagt, es darf nicht so sein, dass ein Land kurzfristig nur danach guckt, wie viele Anfänger oder wie viele Studienberechtigte kommen denn von meiner Schule oder meinen Schulen und dementsprechend reduziere ich Kapazität. Nein, der Bund gibt Geld, damit der Studienplatz bleiben soll, auch natürlich in der Hoffnung, dass ein Teil der jungen Leute, die es schwieriger haben in überlaufenen Studienorten wie München, dann halt eben dorthin gehen.

Und beim Lissabon-Prozess, Frau Gaehtgens hat schon darauf hingewiesen, die Wirtschaft finanziert 2/3 unserer Forschungs- und Entwicklungsausgaben und wir

haben in der BLK für die Regierungschefs einen Zwischenbericht erarbeitet, in dem wir das sehr schön ausdifferenziert haben, wie in den einzelnen Ländern das Verhältnis staatlicher und privater Forschungsfinanzierung ist.

Und wenn Sie sich das angucken, dann stellen Sie fest, dass das Land Baden-Württemberg, was in der Gesamtsumme oberste Spitze ist, bei den Ausgaben des Staates für Forschung und Entwicklung unterdurchschnittlich steht, und wenn ich es richtig sehe, sind die Forschungsausgaben des Saarlandes proportional die staatlichen höher als die von Baden-Württemberg. Man würde auch die staatliche Seite überfordern, wenn man von ihr verlangte, sie sollte jetzt das ausgleichen, was die Wirtschaft im Bereich Forschung und Entwicklung in der jeweiligen Region nicht leistet. Das kann der Staat nicht schultern.

Dr. Pernice:

Herr Schlegel jedenfalls nicht das einzelne Land, aber gerade im Saarland ist es so, dass der Anteil der Forschungsausgaben der Wirtschaft minimal marginal ist, und deswegen hat sich das Saarland immer bemüht, seitens des Staates zusätzlich was drauf zu legen und den Hochschulen und der Forschung hier einen zusätzlichen Impuls zu geben. Ich glaube, das muss von allen Seiten auch anerkannt werden.

Herr Schlegel:

Das wird ja auch anerkannt.

Dr. Pernice:

Aber die Frage ist natürlich, wie man hier die Wirtschaft dynamisiert, wie man sie dazu bringt, mehr Innovation zu betreiben, enger mit den Hochschulen zusammen zu arbeiten. Aber wir haben leider hier im Saarland sehr viel verlängerte Werkbänke und wir haben wenig originäre Forschungsabteilungen in den Unternehmen. Aber wir hoffen natürlich auch dabei auf einen Wandel. Aber ohne ein enges Zusammenwirken von Hochschule, Forschungseinrichtungen und Landesregierung geht es natürlich dabei überhaupt nicht. Da ist es natürlich ganz ganz wichtig, dass Hochschulen und Forschungsförderung im Saarland allererste Priorität hat, jetzt und alle Zeit,

sonst ist, glaube ich, der Prozess der Modernisierung, den das Saarland auch durchmachen muss, nicht zu gewinnen.

Herr Schlegel:

Herr Pernice, ich will nur doch noch eines dazu sagen, worum es mir geht. Es darf jetzt nicht so sein, weil im Saarland die 3 % vielleicht nicht erreicht werden, dass das eine Schuldzuweisung zur Landesregierung wird. Wir können die 3 % nur erreichen, oder das Ziel realistisch anstreben, wenn wir nicht verlangen, dass in jedem Bundesland die 3 % erreicht werden. Würde man das versuchen, könnten sich einige entspannt zurücklegen, brauchten gar nichts mehr tun, und andere würden sich abstrampeln und es käme nicht soweit. Da gilt wirklich, dass wir das gesamte Bundesgebiet sehen müssen, und da gilt dann auch, dass Standortnachteile wie sie das Saarland oder andere Länder haben, nicht den jeweiligen Landesregierungen sozusagen auf den Negativsaldo geschlagen werden. Das muss die Republik insgesamt schaffen, und so haben es, Gott sei Dank, auch die Regierungschefs beschlossen.

Dr. Pernice:

Vielen Dank. Ich denke, wir sollten jetzt mal die Diskussion mit dem Publikum eröffnen und ich möchte vorschlagen, dass Sie, wenn Sie Fragen haben, diese an die Diskussionsteilnehmer hier oben auf dem Podium zu stellen.

Publikumsteilnehmer:

Herr Professor Linneweber, Sie haben in ihrem ersten Statement angesprochen, dass es gewissermaßen eine mentale Blockade gibt bei der Frage, Projekte zu beantragen, wo die Ko-Finanzierung, ich will das mal vorsichtig sagen, unsicher ist. Hat es solche Signale von Seiten der Landesregierung gegeben und ,wenn ja, in welcher Form ist das der Fall.

Prof. Linneweber:

Ja, vielen Dank. Ich habe da eigentlich noch nicht von Erfahrung berichtet, sondern ich habe das eigentlich verbunden mit der Intention: Wehret der Anfänge an der

Stelle Aber als Gefahr muss man das schon wahrnehmen und ich kenne das aus Zusammenhängen, allerdings nicht aus diesem Bundesland, sondern aus einem anderen, und ich kenne es auch bezogen auf EU-Mittel, wo man sagte, wir können diesen Antrag nicht durchgehen lassen, weil, wenn wir den kriegen, wenn wir erfolgreich wären, könnten wir den erforderlichen Eigenanteil nicht schultern. Ich habe das nur als Gefahr signalisiert und der Rest war Psychologie. Also wenn die Stelle, die man dann strapaziert zur Co-Finanzierung, weit weg ist, fällt es leichter, als wenn sie nahe ist.

Dr. Pernice:

Vielen Dank Herr Linneweber. Ich denke zu der Frage, wie man in der Problematik der Frühentwicklung von Projektideen an der Universität die Chancen verbessern kann, kann Frau Reichrath noch etwas sagen.

Frau Reichrath:

Ja, ich wollte ganz gerne auch eben auf die Frage von Herrn Hartmann ganz kurz noch antworten, und bin auch sehr dankbar, dass Herr Linneweber sagt, das ist seine allgemeine Befürchtung und keine, die hier erfahrungsgeschwängert ist im Saarland, das irgendwelche Projekte, für die eine Mitfinanzierung durch das Land erforderlich ist, an dieser Mitfinanzierung scheitern würden.

Ein ganz exponierter Punkt ist zum Beispiel die Exzellenz-Initiative. Das Land wäre also bereit gewesen, wäre eigentlich schon ganz gerne im letzten Jahr sein Geld los geworden. Wenn wir es jetzt in diesem Jahr können, die Co-Finanzierung, denn die Exzellenz-Initiative ist nicht nur vom Bund finanziert, sondern sie wird mitfinanziert von dem jeweiligen Sitzland, in dem dann ein Antrag erfolgreich ist. Insofern drücken wir der Universität alle Daumen, dass sie sowohl mit dem Cluster als auch mit der Graduiertenschule dort erfolgreich sein kann.

Ganz toll, muss ich auch ehrlich sagen, die Initiative für die Werbung von mehr Studierenden. Wir haben nämlich nicht nur ein negatives Wanderungssaldo hier im Saarland, und das ist in der Tat so, sondern wir haben sogar auch noch freie Studienplatzkapazitäten an der Universität, die man nutzen könnte. Wir hoffen auf diese Studierenden. Dass wir nicht im reinen Sprengelnden verbleiben, sieht man an der

hohen Zahl der ausländischen Studierenden, bei denen die Wahrscheinlichkeit ganz hoch ist, dass sie nach ihrem Studium in ihr Heimatland zurückgehen sollen, und auch dazu bekennt sich diese Landesregierung, dass das so sein soll, auch selbstverständlich zu den studienverbesserten Maßnahmen.

Und ich möchte jetzt noch zu einem Punkt kommen, der vielleicht hier auch noch in der Diskussion kontrovers diskutiert werden könnte, nämlich die Studiengebühren. Zum einen ist es noch nicht erwiesen, dass die Einführung von Studiengebühren zu einem Abwanderungsverhalten in die studiengebührenfreie Zone führt. Natürlich ist es so, dass Trier und Kaiserslautern noch, betone ich, keine Studiengebühren nehmen und relativ dicht hier am Saarland sind, aber seit es klar ist, dass die Länder, zum Beispiel Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, das Saarland und Nordrhein-Westfalen, Studiengebühren einführen, ist in der studiengebührenfreien Zone in Mainz die Zahl der Studienanfänger um 7 % gesunken und nicht etwa gestiegen. Also es gibt da einzelne Phänomene. Es sind alle daran interessiert, es wird auch demnächst eine Befragung geben, die die HIS-GmbH macht über das Wanderungsverhalten und die Motive, also hier sagen offensichtlich die Zahlen allein nicht etwas unbedingt über das Motiv aus. Wir sind aber, so glaube ich, hier insgesamt sehr gut aufgestellt, sowohl von den Rahmenbedingungen, die das Land macht, auch aber von den Initiativen, die die Hochschulen ergreifen. Die Universität macht jetzt auch sehr viel, um auch den Studierenden Zusätzliches zu bieten. Sie nutzt dafür die Studiengebühren, aber auch die Vorfinanzierung der Studiengebühren durchs Land, so dass ich denke, wenn auch jede Hochschule von sich heraus die Rahmenbedingungen nutzt und ihr Profil schärft und dann auch noch darüber redet, wie Herr Professor Linneweber das sicherlich sehr erfolgreich machen wird, dann muss es doch im Grunde mit dem Teufel zugehen, dass wir nicht die Wanderungsbilanz nochmals zumindest auf die Null-Linie kriegen.

Ende der Aufzeichnung.

Verschriftet am 21.05.2007

von von Helga Riedel